

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

25.2.1921 (No. 47)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstraße Nr. 14
Karlstraße
Nr. 153
und 154
Karlstraße
Nr. 35/5.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. d.
Druck
und Verlag:
G. Braunsche
Hofbuch
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.00 M.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die zum gehaltenen Zeitzeile über deren Raum 20 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagerbedingung, monatlicher Zeitredaktion und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für textliche Abfertigung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen, Unverlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Veräufung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Schulgelderhebung an den höheren Lehranstalten

Es haben sich Zweifel darüber ergeben, ob das Schulgeld für das an Ostern schließende Schuljahr 1920/21 für ein ganzes Jahr oder nur für den Zeitaltschnitt bis Ostern, danach für zwei Viertel zur Erhebung zu kommen habe. Nachdem die Schuljahrkürzung durch behördliche Anordnung erfolgt ist, erscheint es rechtlich nicht vertretbar, für den gekürzten Zeitraum den für ein Normaljahr gültigen vollen Schulgebühren zu erheben. Es werden daher für das laufende Schuljahr nur 1/2 des geordneten Jahresbetrages zur Erhebung gebracht.

Das Naturalisationsgesuch eines Lehrers an die französische Regierung.

Durch die Presse geht zurzeit eine Notiz, in der das Naturalisationsgesuch eines Lehrers in Wiesloch an die französische Regierung besprochen wird. Von zuständiger Stelle wird uns in dieser Sache mitgeteilt, daß es richtig ist, daß durch das Auswärtige Amt der badischen Regierung Kenntnis von einem solchen Naturalisationsgesuch gegeben wurde. Gegen den Lehrer ist die dienstpöligliche Untersuchung wegen fahndenswürdigem Verhalten eingeleitet worden, die demnächst zum Abschluß kommen wird. Der Lehrer ist eines Dienstes vorläufig entbunden.

Die Annahme von Dienststellungen im Auslande durch deutsche Mädchen.

Das Amtsblatt des Ministeriums des Kultus und Unterrichts veröffentlicht folgende Bekanntmachung an die Schulbehörden und Lehrer der Volksschulen:
Die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland werden den an Ostern d. J. zur Schulentlassung kommenden Mädchen vielfach den Gedanken nahe legen, sich um Stellen im Auslande anzusehen. Gesehliche Hindernisse stehen im allgemeinen, sofern die Zustimmung der Erziehungsberechtigten vorliegt, einem solchen Vorhaben nicht entgegen. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß in der deutschen Land- und Hauswirtschaft wohl noch auf Jahre hinaus ein großer Mangel an weiblichen Arbeitskräften besteht, für welche sich die früher verhältnismäßig geringen Vergütungen der allgemeinen Lohnsteigerung entsprechend gehoben haben; die währungsabhängige vielleicht höheren Bezüge im Ausland dürften durch die besseren rechtlichen Sicherungen im Inlande zu einem großen Teile ausgeglichen werden.
Denjenigen Mädchen, die demnach ins Ausland gehen wollen, wird dringend angeraten, sich vor Annahme einer Stelle und Ausreise auch in das neutrale Ausland an die überall bestehenden „Rechtsschutz- und Beratungsstellen für Frauen“ und an das „Deutsche Institut für Auslandsarbeit“ in Stuttgart, Stuttgart, zu wenden. Das letztere erteilt auf Grund seines umfangreichen Materials kostenlose und eingehende Belehrung und Beratung an Lehrerinnen.
Die in Betracht kommenden Schulbehörden und Lehrer werden die Schülerinnen nötigenfalls mit Rat unterstützen.

Dr. Simons über die Londoner Konferenz.

Der Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich gestern mit der Stellungnahme zur Londoner Konferenz. Bei dieser Gelegenheit nahm der Außenminister Dr. Simons nochmals Gelegenheit, Lage und Stellung Deutschlands im Hinblick auf die Londoner Konferenz zu präzisieren.
Zuvor erging der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats Ober von Braun das Wort, um folgendes auszuführen:
Das ganze Volk ist einig in der Ablehnung der Bedingungen, die Deutschland zu Geld und Hunger berechnen. Ebenso einig wie diese Auffassung ist der Entschluß des Volkes, seinen Verpflichtungen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit nachzukommen. Deutschland war vor dem Kriege ein reiches Land. Aber es hat in dem 4½-jährigen Kriege den größten Teil der in harter Arbeit erzielten Erträge aufgebracht. Noch mehr ist ihm durch den Waffenstillstand weggenommen worden. Lloyd George hat selbst im Unterhaus anerkannt, was Deutschland geleistet hat. Dazu ist Deutschland schon stark an das Ausland verschuldet und große Teile der deutschen Unternehmungen haben Eigentum des Auslandes. Eine weitere Schwächung unseres Volkswirtschaftens ist unmöglich, wenn Deutschland als Wirtschaftskörper weiterbestehen und arbeitssfähig bleiben soll. Auch hier kann ich mich auf Lloyd George berufen, der erklärte, daß nur mit Arbeit und Waren bezahlt werden kann. Wenn man das anerkennt, ist es unverkennlich, wie die Pariser Konferenz sich in den allerhöchsten Maße bemüht, sich selbst ein in höchster Blüte stehendes Volk nicht gerecht werden kann. Deutschland braucht eine Atempause. Wenn ihm diese nicht gewährt werden wird, muß jeder Versuch, weitere Leistungen herauszupressen, vergeblich bleiben. Die Gegner schlagen sich selbst, wenn sie nicht einsehen, daß sie mit Sklavensklaven keine Reichtümer aus Deutschland herauspressen können, sondern den Haß der Welt sich zuziehen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Entscheidung über die Verhältnisse gegen Deutschland ausfällt, sind wir als indu-

strielles Ausfuhrland erledigt. Das deutsche Volk wird lieber zugrunde gehen, als das Urteil darüber Sklavensklavenarbeit selbst zu unterzeichnen. Reichsminister Dr. Simons rüft sich, nach London zu gehen. Ich richte an ihn, namens des Reichswirtschaftsrates die Frage, ob er entschlossen ist, die einmütige ablehnende Haltung des deutschen Volkes unerschütterlich und wenn es sein muß, bis ans Ende zu vertreten und andere Vorschläge zu machen, die die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes berücksichtigen. (Beifall.)

Reichsminister Dr. Simons
führte darauf aus: Im großen und ganzen hat das Ausland recht, wenn es den Reichswirtschaftsrat die Kammer der Arbeit nennt. Von der deutschen Arbeit wird Außerordentliches durch die Pariser Beschlüsse gefordert. Die Vertreter der deutschen Arbeit sind es, die in erster Linie gehört werden müssen. Die Pariser Beschlüsse sehen sich zum größten Teil aus der Entlohnungsfrage und zum kleineren Teil aus der Reparationsfrage aufammen.

Die Reichsregierung ist gewillt, die Entlohnungsbedingungen, die der Friedensvertrag von Versailles und das Abkommen von Spa und auferlegt haben, in der Form, wie sie jetzt in ihren maßigen Terminen dem deutschen Volk in Paris auferlegt sind, innerhalb des Rahmens des Friedensvertrages zu erfüllen. Wir haben uns ja militärisch bis aufs Hemd ausgegogen. (Sehr richtig!) Es ist meiner Ansicht nach eine vollkommene Verwundung des Arbeitsstandes, wenn man immer noch davon spricht, daß die Gefahr besteht, daß wir militärisch angegriffen könnten. Nach dem, was uns übrig geblieben ist, können wir mit knapper Not den ruhigen Gang unserer wirtschaftlichen Produktion gewährleisten. (Widerpruch.) Aber von einem militärischen Angriff auf fremde Völker kann unter ersten Leuten keine Rede mehr sein. (Lebhafte Zustimmung.) Soweit sich in der Durchführung der Entlohnungsaktion unter der Kontrolle der internationalen Kommission Anstände ergeben haben, wie sie in großer Zahl in den Pariser Beschlüssen wiedergegeben sind, werden wir diese Anstände nach Kräften beseitigen, allerdings im Hinblick auf das, was uns der Friedensvertrag auferlegt hat. Es mag aber in diesen Anständen, abgesehen von vielen Unklarheiten und Unannehmlichkeiten, auch einiges sein, wo wir der Verengung sind, daß unter dem Deckmantel der militärischen Abrüstung eine wirtschaftliche und industrielle Ertragsrückgang der deutschen Leistungsfähigkeit begünstigt wird. (Sehr richtig!) Ich will nur hinweisen auf die Frage der Dieselmotoren, die immer noch nicht im Sinne unserer Auffassung geklärt ist, auf die eigentümliche Methode, mit der jetzt die Durchführung der Bestimmungen behandelt wird, wonach wir verpflichtet sind, gewisse militärische Methoden und Verfahren unseren Gegnern klarzustellen, die jetzt von der Gegenseite als friedliche, zum Beispiel chemische oder andere deutsche Geschäftsgeheimnisse ausgedehnt sind. Ich will weiter hinweisen auf die Ausdehnung des Begriffs von Kriegsmaterialien, wodurch wichtige, friedliche Industrien geschädigt werden. Ich will endlich hinweisen auf die Unterdrückung der friedlichen deutschen Luftschifffahrt, die nach unserer Ansicht für uns von außerordentlicher Bedeutung ist für den friedlichen Verkehr mit der Außenwelt unabweislich ist.

Unzweifelhaft ist, daß wir in den Reparationsfragen einen außerordentlich harten Sturm zu bestehen haben werden. Die Pariser Beschlüsse sind nicht etwa aus der Luft gegriffen, sondern sie sind im heißen Kampfe und, wie ich glaube, in größter Eile schließlich zustande gekommen, um die unbedingten Notwendigkeiten der finanziellen und wirtschaftlichen Lage unserer Gegner gerecht zu werden. Wir werden unsere Gegenansprüche so einrichten müssen, daß wir auf eine Einigung mit unseren Gegnern rechnen können. Freilich wird jetzt in der französischen Presse gesagt, in London handle es sich nicht mehr um die Änderung der Pariser Beschlüsse, sondern um deren Durchführung. Dann gehen wir vergeblich nach London. Denn eine Anwendung und Durchführung dieser Beschlüsse halte ich für völlig ausgeschlossen. Ich will mich nur auf einen Punkt beschränken, auf die Unmöglichkeit der 12prozentigen Abgabe aus dem Export. Eine besonders wichtige Annuität ist bekanntlich die Leistung von 6 Milliarden Goldmark jährlich, die 42 Jahre lang auf unserer Wirtschaft lastet. Alle Sachverständigen bei uns sind darüber einig, daß wir diese 6 Milliarden nur werden leisten können, wenn auf die Dauer sich ein Überschuß der Ausfuhr ermöglichen läßt. Es ist nicht eine durchsichtige, sondern von rasendem Optimismus eingeleitete Idee, daß wir dauernd 6 Milliarden Goldmark etwa aus Ausfuhrüberschüssen den Gegnern zur Verfügung stellen sollen. Nun ist aber unsere Gegnerlichkeit nicht darauf aus gewesen, und eine solche Ausfuhrmöglichkeit zu geben, sondern im Gegenteil, sich jetzt macht sich überall das Verlangen bemerkbar, neben den 6 Milliarden Goldmark und auch noch eine 12prozentige Ausfuhrabgabe aufzuerlegen! Diese Ausfuhrabgabe wurde uns in erster Linie damit nahe gelegt, indem man uns sagte: Wenn wir diese Abgabe nicht auf die Ausfuhr legen, dann bekommt ihr differenzierte Zölle auf deutsche Waren. Ich warne nachdrücklich, diesen Weg zu betreten. Er ist ein Irrweg. Der deutsche Steuerzahler kann diese Verpflichtungen nicht tragen. Der Wiederaufbau wird damit nicht zum Erlöse gebracht. Die Statistik zeigt, daß von einer aufsteigenden Bewegung nicht die Rede sein kann. Die Welle der Geschäftstätigkeit, die sich in Amerika zeigt, wird auch uns erfassen. Das ist die allgemeine Weltbewegung, die da hin geht, sich nach Möglichkeit einzuschränken, um die furchtbaren Lasten, die der Krieg allen auferlegt hat, durch Sparsamkeit wieder abzulassen. Diese Annahme, die uns von Paris auferlegt wird, ist nicht weiter, als der Wille, die deutsche Wirtschaft zugunsten der fremden Industrie zu zerrütten, wodurch dann allerdings die Wirtschaft dieser Länder selbst zerrütet wird. (Sehr richtig.) Die Fronarbeit, unter die man 42 Jahre lang die deutsche Volkswirtschaft stellen will, um von uns die große Summe zu erpressen, könnte sich herausstellen als eine Vernichtung des Handels und der Arbeit der ganzen

Welt. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb handeln die Gegner gegen ihr eigenes Interesse, wenn sie das deutsche Volk zu dieser Fronarbeit verurteilen. Im Artikel 23 des Friedensvertrages verpflichten sich die Vertragsstaaten zu angemessenen Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder. (Hört, hört!) Auch von uns ist das unerschrieben. Die Arbeit soll nicht lediglich als eine Ware oder ein Handelsartikel angesehen werden, wenn sie zu Reparationszwecken dient. Auch ist eine Lohnzahlung vorgesehen, die eine angemessene Lebensführung sichert. Mit diesen Methoden läßt sich das nicht erreichen.

Von der Reichsregierung ist bereits beschloffen worden, daß wir Gegenansprüche machen wollen. Wir haben große Mühe gehabt, diese ungeheuer schwere Aufgabe zu lösen. Wir müssen dabei die Bedürfnisse unserer Gegner prüfen, um ihnen Genugtuung zu geben. Es handelt sich namentlich um die gewaltigen Finanzbedürfnisse Frankreichs. Dazu kommt aber noch eine zweite große Sorge, die fast alle unsere ehemaligen Gegner erfüllt und die auch besonders England betrifft. Das ist die große Sorge um die deutsche Konkurrenz, um der Schriftwechsel mit der Entente bestätigt, daß uns die Erfüllung des Friedensvertrages nicht so ohne weiteres ruinieren darf, die unsere Lebens- und Leistungsfähigkeit gefährdet wurde. Wir sind dahin gelangt, der Reichsregierung an sich tragbare und für die deutsche Wirtschaft erträglichere Vorschläge machen zu können, die auch die Bedürfnisse der Gegner berücksichtigen und sich dadurch auszeichnen, daß sie praktisch ausführbar sind. Darüber wird sich das Kabinett heute oder morgen schlüssig werden. Die letzte Sitzung mit den Sachverständigen ist auf den Freitag berufen worden.

Selbstverständlich werden wir unsere Gegenansprüche nicht früher der Öffentlichkeit unterbreiten können, als sie unseren Gegnern vorliegen. Wir werden allerdings den Vertretern des deutschen Volkes, die ein Recht darauf haben, Mitteilungen über die Gesamtheit unserer Vorschläge machen müssen, und dies soll in der nächsten Sitzung des Reichstages den Vertretern der Parteien gegenüber geschehen.

Vor auf es der deutschen Regierung ankommt, ist, daß das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit seiner Abgrenzung zutrifft: Bleibt fest! Wir vertrauen darauf, daß Du fest bleibst! Dann werden wir fest überleben. Wir sind uns der großen Aufgaben wohl bewußt, die wir in London zu erfüllen haben. Mehr als je habe ich seit meiner Reise im deutschen Südwesten es Tag für Tag und Stunde für Stunde erfahren, daß die Männer, mit denen ich verhandelt habe, die Folgen eines „Nein“ genau vor sich sehen. Sie sind nicht nur geneigt, darüber nachzudenken, sondern auch diese Folgen auf sich zu nehmen. (Beifall.)

Ich habe mir Mühe gegeben, Ihnen die Konsequenzen zu zeigen, die uns zwar noch nicht offiziell angedroht sind, aber doch schon vorausgesehen werden können. In dem Maße, wie letzte Gelegenheit nochmals zu benutzen, meiner besten Überzeugung Ausdruck zu geben, daß es gegen den Vertrag und die Pflicht geben sollte. (Lebhafte Zustimmung.) Vorschläge sind dazu da, angenommen oder abgelehnt zu werden. Dies ist auch durch den Vertrag von Versailles berücksichtigt, wonach Sanktionen erst in Frage kommen können, wenn festgestellt ist, daß wir unsere Verpflichtungen nicht erfüllen. Diese Verpflichtungen sind uns aber noch nicht einmal mitgeteilt worden in der Form, daß sie als Beschluß von uns anzusehen sind. Die Herren von da oben haben sich jahrelang Zeit genommen, um ihre Bedingungen zusammen zu stellen, und werden aber nur ein paar Tage gelassen, um unsererseits Stellung dazu zu nehmen. (Sehr richtig.)

Andererseits erkläre ich, daß sich manche Anzeichen wahrnehmen lassen, daß eine Ablehnung der Vorschläge von Paris zu Sanktionen führen werden. Zu diesen gehören die Verlängerung der Besetzung, die Nichtaufnahme in den Völkerbund, die Errichtung eines eigenen Zollgebietes in den besetzten Gebieten und weitere Besetzung deutschen Gebietes außerhalb des Rheinlandes. Ich habe die Wichtigkeit der Folgen dieser Sanktionen mit den Männern der Länder, die ich besucht habe, ausführlich durchgesprochen. Es kann nicht Aufgabe der deutschen Vertreter in London sein, den Eindruck zu erwecken, daß wir leichten Herzens über diese Gefahr hinweggehen, sondern zu betonen, daß wir den guten Willen haben, jederzeit an dem Gesamtplan des Wiederaufbaues mitzuwirken. Es ist nicht menschenmöglich, daß ein einziges Volk den ganzen Schaden wieder gut macht, der 27 anderen Völkern geschehen ist. (Sehr richtig.) Wer das glaubt, täuscht sich selbst und täuscht sein eigenes Volk.

Die deutsche Regierung hat die Absicht, trotzdem den Friedensvertrag in den Grenzen des Möglichen auszuführen. Wie weit diese Grenzen gehen, haben wir geprüft. Sie gehen nicht annähernd so weit, wie unsere Gegner glauben. Es handelt sich hier um eine Aufgabe der ganzen Kulturmenscheit. Die Reparation ist nicht nur eine wirtschaftliche, sie ist eine geistige Aufgabe, die von einer neuen Auffassung der Verhältnisse zwischen den Völkern ausgehen muß. Man darf nicht verharren bei der Androhung von Sanktionen. Das ist nicht die Form, durch die die Welt von den Folgen des Krieges befreit werden kann. Neben der Internationalität der Aufgaben liegt jetzt die besondere Aufgabe London gegenüber vor. Das deutsche Volk schickt seine Leute vor den Feind. So lange sie dort stehen, muß die deutsche Heimat geschlossen bleiben. Ich warne vor allem — und da unterstreiche ich das, was ich heute in der deutschen Presse gelesen habe — vor unberechtigten politischen Abenteuern, die anscheinend von mancher Seite geplant werden. Diese Abenteuer wird sich keine Reparation erfüllen lassen. Ich werde das Meinige tun, jeden Versuch unmaßsichtlich niederzuschlagen.

Im Anschluß an die Ausführungen des Außenministers nahm der Reichswirtschaftsrat einstimmig eine Entschlossen-

an, in der zum Ausdruck kommt, der Reichswirtschaftsrat erachte es für seine Pflicht, vor dem Lande und vor der Welt zu bezeugen, daß er die in der Pariser Note erhobenen Forderungen für unannehmbar hält. Der Reichswirtschaftsrat bittet die Regierung, bei Erfüllung der Verpflichtung der Wiederherstellung die Leistungsfähigkeit Deutschlands im Auge zu behalten. Sollte bei den Londoner Verhandlungen eine Einigung mit den Gegnern nicht zu erzielen sein, so bittet der Reichswirtschaftsrat in voller Würdigung der Folgen die Reichsregierung einmütig und dringend, auf ihrer Ablehnung der gegnerischen Vorschläge zu beharren.

Politische Neuigkeiten.

Die Münchener Konferenz der Ernährungsminister

Hot ihre Verhandlungen am Mittwoch mittig zu Ende geführt. Die Besprechung über die künftige Getreidebewirtschaftung hatte das Ergebnis, daß etwa eine Umlage bis zu einem Durchschnitt von vier Doppelzentner pro Hektar der Gesamtauflage von Weizen, Roggen, Gerste und Hafer auferlegt werden soll. Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde die Verordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung vom 25. 12. 1915 besprochen. Es ergab sich dabei Übereinstimmung in der Auffassung, daß der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, um die gezielten Beschränkungen und Höchstpreisfestsetzungen der Länder und der Kommunalverbände über Erzeugnisse, für die das Reich die öffentliche Bewirtschaftung aufgehoben, vollkommen fallen zu lassen. Den Ländern wie auch den Kommunalverbänden soll die Befugnis gegeben werden, im Einverständnis mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zur Behebung von Nottänden Maßnahmen in diesem Sinne zu treffen. Als Ziel müsse im Auge behalten werden, in absehbarer Zeit solche Beschränkungen völlig zu beseitigen.

Bei der Besprechung über die Fleischversorgung zeigte sich, daß eine Ausdehnung der Verordnung vom 19. 9. 1920 hinsichtlich des Schlachtkörpermanges für den Viehverkehr und des Konzeptionszwanges für den Fleischabsatz, die von verschiedenen Landesregierungen vorgeschlagen war, nicht zweckmäßig erscheint. Die durch die Verteilung von verbilligtem Mais ermöglichte Schweinemästung auf vertraglicher Grundlage solle unverzüglich durchgeführt werden.

Bezüglich der Kartoffelversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr wurde von der überwiegenden Mehrheit der Versammlung die völlige Freigabe entsprechend dem Vorschlag der Reichskartoffelstelle empfohlen. Beschränkungen sollen nur bei besonderen Notständen mit Zustimmung des Reichsministeriums zulässig sein.

Anschließend erfolgte eine eingehende Aussprache über die gegenwärtige Lage der Milchzuckerwirtschaft und die zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation notwendigen Maßnahmen. Die Aussprache hatte aber zunächst nur vorbereitenden Charakter, da auf der nächsten Konferenz der Ernährungsminister die Frage der Neuregelung der Milchzuckerwirtschaft einer endgültigen Beratung unterzogen werden soll. Es bestand Einverständnis darüber, daß alle Mittel angewandt werden müssen, um zu einer Steigerung der Milchproduktion und zu einer besseren Versorgung der Verbraucherzentren mit Milch zu gelangen. Die nächste Konferenz der Ernährungsminister findet Ende März in Bremen statt.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die Aussprache über das Reichsarbeitsministerium fort. Es sprachen die Abg. Leubold (D. N.), Andre (Zentr.), Waldbauer (D. Vp.), Dr. Franke (L. S.) und Schröter (B. V.). Die Weiterberatung erfolgt am Freitag.

Der nationale Trauertag.

Das Reichsministerium des Innern hat dem Reichsrat einen Gesetzentwurf über den allgemeinen Trauertag zugehen lassen. Er besteht aus einem einzigen Paragraphen:

Landestheater.

Castieler.

Die Castieler in der Oper häufen sich zurzeit, da für eine Anzahl wichtiger Fächer noch immer keine geeigneten Kräfte gefunden werden konnten. Am Mittwoch bewarb sich nun als „Madame Butterfly“ Fräulein Stecher aus Bamberg um Anstellung als lyrische Sängerin. Nach dem Eindruck dieses Castieler zu urteilen, dürfte die Künstlerin zum mindesten für den engeren Wettbewerb in Frage kommen. Sie besitzt ein angenehmes Klängen, leicht ansprechendes und für ihr Fach anscheinend auch hinsichtlich der Konfakts ausreichendes Organ, das in allen Dingen gut durchgebildet ist, charakteristischer Klangfärbung fähig und von allen Arten, vor allem aber von jeder Schärfe frei zu sein scheint. Auch ihr Spiel, ihre Aussprache und ihr Vortrag wirken sympathisch und liehen die Vermutung an, daß die Sängerin auch in anderen Partien weitgehenden Ansprüchen Genüge leisten werde. Völlige Gewißheit darüber könnte natürlich nur ein weiteres Castispiel geben.

Weniger befriedigend verlief das Castispiel des Herrn A. M. Topik vom deutschen Theater in Brunn, der sich in der gestrigen Aufführung von Gounods „Margarite“ als Faust um das Fach des lyrischen Tenors bewarb. Der Künstler hat zwar stimmliche Mittel und weiß seinem Organ dank fleißiger Schulung auch günstige Wirkungen abzugewinnen. Im großen Ganzen fehlt ihm jedoch zum ersten lyrischen Tenor doch der letzte Schliff, die musikalische Kultur, der sinnliche Klangreiz und die Reizigkeit schmiegsamer und ausdrucksvoller Tongebung. Die Aussprache ließ stellenweise die nötige Deutlichkeit vermissen. Dazu kommt der Umstand, daß auch die äußere Erscheinung des Künstlers nicht durch Eleganz oder weltmännische Bewandtheit besticht. Gerade dieser Umstand aber darf bei einem lyrischen Tenor, der immerhin die Rollen eines Herzogs im „Rigoletto“, eines Hamlets, eines Wälfers, eines Hektor, Belmonte, Phylas, Graf Almaviva im „Barbier“, eines Nababes, Alfred Germont usw. usw. darzustellen hat, nicht außer acht gelassen werden. Herr Topik hat gewiß Vorgänge. Da es sich für die Karlsruher Oper jedoch heute um die Zurückgewinnung ihres einstigen Ansehens handelt, kann als erster lyrischer Tenor nur eine den Durchschnitt erheblich überragende Kraft in Frage kommen. Man wird also weiter suchen müssen; lassen wir es uns nicht verdrießen! Im übrigen brachte die Aufführung auch die Neubesehung der Titelfolle durch Erica von Thjgka. Frau v. Thjgka hatte gegenüber der von Viehreiz umflossenen, von rührender Innigkeit besetzten Verkörperung dieser Gestalt durch Göth Pott, Topik einen schweren Stand, bot aber doch eine gefanglich und

Der 6. März 1921 wird zum allgemeinen Trauertag für die Opfer des Krieges erklärt.

In der Begründung wird gesagt, daß die Reichsregierung in dem erwählten Antrage eine Bestätigung dafür erblickt, daß „weite Kreise des Volkes das Bedürfnis empfinden, einen Tag des Jahres dem Gefühl der Trauer über die Opfer zu widmen, die der Krieg dem Staate und dem einzelnen auferlegt hat. In diesem Tage mögen sich alle Volksgenossen eins wissen in dem Gedanken an die im Kriege gefallenen und beschädigten Verteidiger des Vaterlandes, an die aus der Gefangenschaft oder aus fernen Ländern nicht zurückgekehrten, an ihre durch Not und Entbehrungen verlorenen Lieben, an die vom Heimatlande abgetrennten oder unter fremder Befugung schmachtenden Stammesbrüder, an alle Weiden und Schreden. Dem einzelnen wie der Gesamtheit durch den Gewaltfrieden auferlegt worden sind.“ Der Trauertag soll ein Tag der Arbeitsruhe sein und durch würdige Feiern in religiöser und weltlicher Form begangen werden und den Schutz der staatlich anerkannten Feiertage und Reichs- und Landesrecht genießen. Für dieses Jahr wird der 6. März als Trauertag vorgeschlagen. Die Frage der Festsetzung eines allgemeinen Trauertages für künftige Jahre soll weiteren Verhandlungen vorbehalten bleiben. (Nach einer späteren Meldung erscheint die Wahl eines späteren Tages wahrscheinlich. Red.)

Keine politischen Abenteuer.

In der „Deutschen Allgemeinen Ztg.“ bezeichnet eine hervorragende Persönlichkeit des deutschen Wirtschaftslebens als Ergebnis der Stunde, daß angesichts der drohenden politischen Gefahr sich manche politische Kreise nicht zu unüberlegten Handlungen hinreißen lassen sollen. Ein solches Abenteuer würde im Auslande erneut falsche Vorstellungen von militärischen Leistungen in Deutschland erwecken. Eine Wiederholung der Ereignisse, wie sie im März vorigen Jahres zuerst von rechts und dann von links herbeigeführt wurden, würde für den Bestand des Reiches verhängnisvoll werden. Die von der Mehrheit der Bevölkerung getragene Regierung in Preußen müsse jeden als Feind behandeln und gegebenenfalls als Kollaborateur unschädlich machen, der die Ruhe stört, mag er von rechts oder links kommen.

140 Millionen Gulden für die deutsche Industrie.

Bei Gründung der Treuhandgesellschaft, die den von Holland gewährten Rohstoffkredit von 140 Millionen Gulden zu verwalten hat, hielt Reichsfinanzminister Dr. Wirth eine Ansprache, in der er der „Röf. Ztg.“ zufolge erklärte, daß es sich hierbei um ein Abkommen handle, wonach Holland der deutschen Industrie einen Kredit von 140 Millionen Gulden auf lange Dauer und zu einem fairen Zinssatz zur Beschaffung von Rohstoffen zur Verfügung stelle. Der Kredit sei durch Staatsvertrag vereinbart, aber nicht als Staatskredit anzusehen. Finanzminister Dr. Wirth dankte der holländischen Regierung, die durch dieses Abkommen den Weg zeigte, auf dem allein das weltwirtschaftliche Gleichgewicht wieder zu erreichen sei.

Ein amerikanischer Protest.

Die amerikanische Regierung erklärte dem Völkerbund, sie habe niemals ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Insel Yap unter die dem japanischen Mandat zugewiesenen Gebiete falle. Sie erinnere daran, daß sie bereits die englische, französische, italienische und japanische Regierung davon benachrichtigt habe, daß die Insel Yap notwendigerweise bei jedem Plan und praktischem System der Kabelverbindung im Stillen Ozean in Frage komme, und daß keine Macht solche Verbindungen beschränken oder kontrollieren dürfe. Infolgedessen sehe sich die Regierung der Vereinigten Staaten veranlaßt, höflich zu erklären, daß sie sich durch die Bestimmungen des erwähnten Mandats nicht für gebunden erachten könne und daß sie Wert darauf lege, daß man von ihrem Protest wegen die am 17. Dezember in dieser Frage vom Völkerbundsrat getroffenen Entscheidung Kenntnis nehme. Sie bitte gleichzeitig den Rat, dessen Vorgehen offenbar auf eine ungenaue Auslegung der Tatsachen zurückzuführen sei, die Frage einer erneuten Prüfung zu unterziehen, die die Vorbedingung einer gerechten Regelung sei.

darstellerisch relativ annehmbare Leistung. Von den übrigen Darbietungen verdiente noch der gut gesungene und wirksam gespielte Mephisto Giesens namentliche Hervorhebung. G. Hüf.

Zeitschriftenchau.

Jugenddekoration.

Die treffliche Zeitschrift „Jugenddekoration“ tritt mit ihrem Januar/Februar-Doppelheft den 32. Jahrgang an. Ihr Herausgeber und Leiter ist noch immer Horst Alexander Koch-Darmstadt, dieser selten rührige Mann, der mit seiner Laikraft, seiner organisatorischen Begabung und seinen feinen künstlerischen Verständnis für das moderne deutsche Kunstgewerbe, für die moderne deutsche Jugenddekoration Kunst Unübertroffenes und Unvergängliches geleistet, und dessen Persönlichkeit sich aus der Geschichte der Kunst unserer Zeit einfach nicht mehr wegdenken läßt. Alexander Koch ist einer der allerstärksten Ameger und einer der berufensten Führer gewesen auf dem Wege der Entwicklung, der das deutsche Kunstgewerbe und die deutsche Kunst in den letzten Jahrzehnten beschritten hat. Und auch heute noch ist diese Führerschaft unbestritten, diese Kunst der Einführung und Anregung die gleiche.

Die Monatszeitschrift „Jugenddekoration“ aber war eines der vornehmsten Mittel, mit denen Alexander Koch für seine Ideen und für die technische Vervollkommnung und künstlerische Bereicherung der deutschen Raumkunst geworben hat. Ein neuer Jahrgang der Zeitschrift gibt uns Anlaß, dieser Aufgabe von neuem zu gedenken und wieder einmal auf die einzigartige Betätigung hinzuweisen, die diese mit hervorragendem Geschick geleitete, stets eine Fülle von Belehrung und Anschauung reichernde, musterhaft ausgestattete Zeitschrift bestit. Die textlichen Beiträge, die Einleitungen, Möbel und Biergeräte, die uns in Abbildungen gezeigt werden, sind ebenso, wie der Druck, das Papier und die Bild-Reproduktionen Beweise einer hohen Kultur, um die wir uns ruhig von anderen beneiden lassen können. Die Lektüre und Durchsicht eines jeden der Hefte ist eine ästhetische Freude und Erholung ersten Ranges, eine jener innerlichen Erquickungen, wie sie uns in dieser Zeit des Elends doppelt und dreifach willkommen sind.

Das vorliegende Doppelheft ist wieder eine glänzende Bestätigung des hier Gesagten. Es wird der Zeitschrift hoffentlich recht viele neue Freunde werden, die alten Freunde aber in dem Gefühl der Genugtuung und Dankbarkeit bestärken. G. A m e n d.

Annäherung der beiden sozialdemokratischen Landtagsfraktionen in Sachsen.

Die „Leipziger Freie Presse“ berichtet: „Vor einigen Tagen hat eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und Parteisektionen stattgefunden, in der eine einmütige Auffassung über die Grundlinien der sächsischen Politik gütig getreten ist. Vom Innenminister Ripinski sowie vom Arbeitsminister Jädel wurde der Wunsch ausgesprochen, daß angesichts der engen Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialdemokratischen Parteien nun auch in der beiderseitigen Presse eine größere Zurückhaltung geübt werden möge. Von mehrheitssozialistischer Seite wurde darauf erwidert, daß man sofort bereit sei, in dieser Hinsicht zu verfahren, sobald die unabhängige Presse ihre Angriffe einstellen würde.“

Ein schwerer französischer Übergriff.

In Parisen heute gestern ein französischer Offizier und mehrerer Soldaten den des Marbes an Theophil Kupa angelegten Schlosser Kitzig aus dem Gefängnis. Hierdurch ist er Angeklagte der deutschen Gerichtsbarkeit entzogen worden. Der Grund für den beispiellosen Vorstoß Frankreichs ist darin zu suchen, daß der für seinen angelegten Prozeß wahrscheinlich den engen Zusammenhang der vierstöpfigen Weiberbande mit dem politischen Kreislaufkommissariat bewiesen hätte. Aus diesem Grunde hat der französische Oberregierungsanwalt die Verhandlung unter dem Vorwand verhindert, daß der Verdacht besteht, die deutsche Justiz wolle den Prozeß in politisches Fahrwasser leiten. Des Weiteren ließ er die Geschworenen wegnehmen und die Zeugen und Gutachter abbestellen.

Kurze polit. Nachrichten.

Zu der Frage der Kabinettsbildung erfahren die Blätter aus parlamentarischen Kreisen, daß der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, an die anderen Reichskoalitionsparteien ein Schreiben gerichtet hat, in dem er vorschlägt, die Verhandlungen über die Bildung einer einheitlichen Koalition im Reiche und in Preußen bis nach der Londoner Konferenz zu vertagen. Raut „Röf. Ztg.“ ist anzunehmen, daß diesem Vorschlag, der auch den Wünschen der Sozialdemokraten Rechnung trage, entsprochen werde.

Die Unterfuchung gegen Dr. Gernes: Unmittelbar nach der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde die Bildung eines Ausschusses, der 28 Mitglieder zählt, zur Unterfuchung der gegen den Reichsernährungsminister Dr. Gernes erhobenen Vorwürfe vorgenommen.

Der Völkerbundsrat hat Deutschland zur Teilnahme an der Verkehrs-Konferenz in Barcelona eingeladen.

Der Mietsteuerentwurf. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat die Vorlage betr. die Mietsteuer mit einem Antrag Wiffell (keine Zuschüsse an Spekulationsbauten) und einem Antrag Genle (Freistellung der Steuerfreiheit der gewerblichen öffentlichen Gebäude) angenommen.

Unregelmäßigkeiten beim Hamburger Wohnungsbau. Am Dienstag ließ die oberste Staatsanwaltschaft in Hamburg durch 30 Polizeibeamte und die Sipo das dortige städtische Wohnungsbauamt besetzen. Die Bureaus wurden sofort geschlossen und 12 Angestellte verhaftet. Es liegen schwere Anlagen wegen Verletzung vor.

Die Einschleppung der Schlafkrankheit nach Europa. Nach einer Pressemeldung aus Paris ist beim Obersten Rat der Alliierten von neutraler Seite ein Antrag auf Zurückziehung aller afrikanischen Truppen aus Europa eingegangen mit der Begründung, daß der berechtigte Verdacht bestehe, daß durch die Verwendung der nordafrikanischen Streitkräfte eine erhöhte Einschleppungsgefahr der Schlafkrankheit bestehe.

Badische Uebersicht.

Der neue Präsident der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues.

Das Staatsministerium hat den Ministerialrat Dr. Kasimir Paul zum Präsidenten der Direktion des Wasser- und Straßenbaues ernannt. Die Ernennung ist erst jetzt erfolgt; die diesbezügliche Meldung eines Freiburger Blattes, welche auch in andere Blätter übergegangen ist, war verfrüht.

Dr. Paul ist schon seit längerer Zeit im Staats- und Gemeinbedienst tätig. Er wurde 1878 in Mannheim geboren, studierte Jurisprudenz und trat 1896 als Rechtspraktikant in den Staatsdienst ein. 1899 wurde er Referendar, 1900 Amtmann und 1907 Oberamtmann. 1909 wählte ihn die Stadtverwaltung in Karlsruhe zum 1. Bürgermeister. In dieser Stellung verblieb er bis Anfang Oktober 1919. Die Parteistellung nach den Stabsverordnungen- und Stadtratswahlen in Karlsruhe führte zu seinem Austritt aus dem Gemein- und zum Wiedereintritt in den Staatsdienst. Er wurde Regierungsrat im Ministerium des Innern, im März 1920 Ministerialrat. In den letzten Monaten hat er die Ernährungsabteilung geleitet.

Das ihm nunmehr übertragene Amt ist ein schwieriges, denn der Ausbau unserer Wasserkrafts gehört zu den bedeutungsvollsten wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft des badischen Landes. Man darf zu Dr. Paul das Vertrauen haben, daß er diesen Aufgaben gerecht wird. Hat er doch u. a. auch die Bauabteilung der Bezirksämter in Freiburg und Donaueschingen, sowie bei der Stadtverwaltung in Karlsruhe geleitet. Ihm ist auch der seinerzeitige rasche Wiederaufbau der im Jahre 1908 zum großen Teil niedergebrannten Stadtgemeinde Donaueschingen zu danken. Man schätzt seine Fähigkeiten für den Verwaltungsdienst. Auch die technischen Aufgaben begeben bei Dr. Paul großem Verständnis.

Sein Vorgänger im Amt war bekanntlich Staatsrat Dr. Krens, der vor 2 Monaten in den Ruhestand getreten ist.

Badischer Landtag.

Der Landtag wird am nächsten Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung zusammentreten. Es soll der Gesetzentwurf über die Neuordnung der Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und Beamtenhinterbliebenen beraten werden.

Generalversammlung des Vereins Bad. höherer Beamter der inneren Staatsverwaltung.

LPD. Der Verein bad. höherer Beamter der inneren Staatsverwaltung hat kürzlich eine außerordentliche Generalversammlung hier abgehalten. Dabei fanden die notwendig gewordenen Ergänzungswahlen für den Vorstand statt, der sich nunmehr wie folgt zusammensetzt: 1. Vorsitzender Oberamtmann Schalte-Karlsruhe, 2. Vorsitzender Regierungsrat Stehle-Karlsruhe, Oberamtmann Krüppel-Schwetzingen, Geheimrat Regierungsrat Bauer-Billingen, Oberamtmann Kopp-Oberlin, Geh. Oberregierungsrat Freilinger von Neck-Baden-Baden, Amtmann Althaus-Rannheim, Regierungsrat Schöckel-Karlsruhe, Regierungsrat Nicolai-Karlsruhe. Die Generalversammlung befaßte sich hauptsächlich mit der Verwaltungsvorschriften, insbesondere dem Antrag der Abg. Dr. Gieseler und Genossen zum Verwaltungsgesetz. Das Ergebnis der Debatte wurde in einer Resolution niedergelegt, die dem Landtag überandt und der Öffentlichkeit noch bekannt gegeben wird.

Weiter wurde eine Resolution hinsichtlich der Amtsbezeichnung angenommen, wonach bei dem Landtag und der Regierung die Einführung der Amtsbezeichnungen Landrat für Oberamtmann und Regierungsrat für Amtmann beantragt wurde. Die badischen höheren Verwaltungsbeamten trennen sich nur schwerem Herzen von den althergebrachten, ihnen liebgehabten Amtsbezeichnungen. Jedoch sind die Bezeichnungen Oberamtmann und Amtmann in steigendem Maß bei anderen Dienststellen in Gebrauch gekommen, so daß es im Interesse der Bevölkerung liegt, eine Amtsbezeichnung zu finden, die einerseits jede Verwechslung ausschließt und andererseits das Wesen der Amtstätigkeit am besten zum Ausdruck bringt.

Tagung des Südwestdeutschen Handelskammerausschusses für Hotelgewerbe u. Fremdenverkehr.

Vor einigen Tagen fand in der Stuttgarter Handelskammer eine außerordentlich zahlreich besuchte Tagung des Südwestdeutschen Handelskammerausschusses für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr statt, die Kommerzienrat Hell, Präsident der Handelskammer Karlsruhe als Vorort des Ausschusses, leitete. Über diese Versammlung, der Vertreter von Handelskammern, Stadtverwaltungen, Hotelverbänden und Verkehrsvereinen beiwohnten, wird uns berichtet: Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein interessanter, mit bestem Erfolg ausgenommener Bericht des Herrn Hotelbesizers Fritz Hölzl-Waden-Baden über die erste Hauptversammlung des Verbandes der Hotelbesitzervereine Deutschlands am 7. und 8. Dezember 1920 in Berlin. Der Vortragende legte mit eindringlicher Deutlichkeit die Bedeutung des Hotelgewerbes im deutschen Wirtschaftsleben am Hand gahenmäßiger Belege dar. Umso mehr befremde es, daß man diesem Wirtschaftszweig eine selbständige Vertretung im Reichswirtschaftsrat verweigert habe. Der Berichtsteller sprach die sichere Erwartung aus, daß der Wunsch nach einer solchen Vertretung möglichst bald erfüllt werde. Er wandte sich sodann gegen die Beeinträchtigung des Hotelgewerbes durch behördliche Maßnahmen und Zwangswirtschaft und mißbilligte ferner die angeordnete Gebührenerhöhung über die Hotelsteuer, die in weitestem Maße als unzulässig empfunden werde. Da sie aber trotzdem in einer Anzahl von Städten bereits eingeführt sei, habe sich das dringende Bedürfnis nach einheitlichem Verfahren herausgestellt, wobei nach Ansicht der Versammlung der Steuerfuß 10 Prozent nicht übersteigen dürfe. Allgemein Anknüpfung fand es bei der Versammlung, daß die Südwestdeutschen Handelskammern durch Errichtung eines besonderen Hotelausschusses in vorbildlicher Weise eine enge Verbindung mit den in Betracht kommenden Gewerbetreibenden hergestellt haben. Insbesondere sollte die Versammlung dem Vorort des Ausschusses, der Handelskammer Karlsruhe, ihren Dank für die in den verfloßenen drei Jahren geleistete Arbeit und wählte daher auch für die folgenden drei Jahre den bisherigen Vorort wieder. Unter Hinweis auf das Bestreben, innerhalb der Handelskammer Industrie- und Handelsgewerbe zu bilden, erschien es dringend erforderlich, überall da die Wahl eines Vertreters des Hotelgewerbes in die Handelskammer zu verlangen, wo die in Rede stehenden Betriebe nicht bereits, wie dies in vielen Kammern schon der Fall ist, über eine Vertretung in der Handelskammer verfügen und wo nach Lage der Verhältnisse eine solche Vertretung geboten erscheint. Auch wurde die Bildung von Verkehrsvereinen bei den Handelskammern unter Einziehung der Hotelindustrie für außerordentlich erwünscht erachtet. Die Sitzung befaßte sich sodann auf Grund eines Berichtes von Dr. Krienen, Syndikus der Handelskammer Karlsruhe, eingehend mit den Fragen des Preisabbaus und den gegen das Hotelgewerbe erhobenen Anschuldigungen hinsichtlich der Preisbemessung, wogegen Stellung genommen wird. Die Weiterbehandlung dieser Angelegenheit wurde einem besonderen, demnächst zusammenzutretenden Unterausschuß überwiesen. — Zum Schluß fand noch eine Aussprache über die Trinkgeldgewährung statt.

Protokoll gegen die Pariser Beschlüsse.

Zu einer machtvollen Kundgebung gegen das Diktat von Paris gestaltete sich die Versammlung zu der sämtliche politischen Parteien der Stadt Baden-Baden auf Dienstag abend geladen hatten. Der Gartenhof des Kurhauses war so vollgepfropft, daß auch der Blumenhof daneben noch in Anspruch genommen werden mußte. Nach einer Rede des Mandatsträgers Dr. Baumgartner wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen:

An die Reichsregierung (Reichskanzlei), Berlin. Entschließung. Eine von den Parteien gemeinsam einberufene, ein druckvolle Versammlung der Einwohnerstadt Baden-Badens spricht der Reichsregierung einmütig das Vertrauen und die unbedingte Zuerkennung aus, daß sie, entsprechend der feierlichen Erklärung des Außenministers, in der Ablehnung der unerfüllbaren Pariser Forderungen unerwiderlich fest bleibt. Wir in der Südwestecke des Reiches sind entschlossen, für die Pflicht und die Ehre des Vaterlandes jedes Opfer zu bringen!

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

LPD. Konstanz, 24. Febr. Zu dem Silber schmuggel, über den wir in den letzten Tagen berichtet haben, wird uns noch bräutlich mitgeteilt: Die Beförderung des Silbers über die Grenze geschah in ähnlicher Weise, wie der Waren schmuggel während des Krieges, der durch einen unterirdischen Gang vollzogen wurde. Diesmal wurde offenbar eine Kanaltörre benutzt. Gekleinert ist ein weiterer Silber schmuggler verhaftet worden, der 1000 Silberfranken nach der Schweiz bringen wollte.

LPD. Lauterbachshausen, 24. Febr. Da trotz Aufforderung des Amtsvorstands eine Reihe von Landwirten im Bezirk ihrer Ablieferungspflicht bisher nicht nachgekommen sind, wurde eine Razzia der Ordnungspolizei veranstaltet. Es wurde sowohl nach Getreide, wie nach versteckten Waffen gesucht. In der ersten Ortschaft Gerchsheim wurden bei 22 Landwirten erhebliche Mengen Brotgetreide vorgefunden. Laut „Höb. Tagbl.“ wurden 338 Sester abgeführt und weitere Mengen für beschlagnahmt erklärt. Bei einem Landwirt wurden allein 70 Sester Brotgetreide gefunden. Die Durchsuchung weiterer Ortschaften steht bevor.

Kurze Nachrichten aus Baden.

LPD. Pforzheim, 24. Febr. Vor einiger Zeit liefen hier Gerüchte um, wonach bei dem Stadtverordneten und Führer der Kathausfraktion des Mittelstandes, Kaufmann Kayenberger ein ziemlich umfangreiches Waffenlager, Handgranaten, Gewehre und Patronen gefunden worden seien. Die Waffensfunde haben nun das Schöffengericht beschäftigt. In der Verhandlung ergab sich, daß bei Kayenberger der mit seinem mitangelegten Sohn vor dem Gericht erschienen war, 12 Karabiner, 11 Handgranaten ohne Zünder und 648 Patronen gefunden wurden, die bereits verpackt waren. Das Urteil lautet wegen Fahrlässigkeit auf je 200 M. Geldstrafe unter Befreiung der Waffensfunde von den Kosten. Eine eigentliche Absicht der Verschleierung oder der Verschleierung hat, wie es in der Begründung heißt, nicht nachgewiesen werden können.

LPD. Ennet, 24. Febr. Der Preisbau macht sich auch auf dem Holzmarkt immer mehr bemerkbar. Bei den im Gange abgehaltenen Auktionsversteigerungen wurden teilweise bis 25 Proz. unter den fortstehenden Anschlüssen geboten und bezahlt. Auch bei den Schweinepreisen läßt sich hier ein Preisrückgang von 20 Prozent feststellen.

LPD. Salem, 17. Febr. Im Anschluß an eine Saalgutausstellung wurde hier ein von über 1000 Teilnehmern besuchter Kartoffelbaukursus abgehalten. Der Kurs wurde von Staatsrat Dr. Weigand, dem Präsidenten des Bad. Bauernvereins, eröffnet. Hierbei betonte Weigand, daß es die größte Pflicht der Landwirtschaft sei, ihre Produktion in jeder Hinsicht aufs Höchste zu steigern, einmal um die Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen und zum andern, um die ihr auferlegten Steuerlasten tragen zu können, zugleich aber auch, um die Einfuhr und damit unsere Verschuldung dem Ausland gegenüber auf ein Mindestmaß beschränken zu können.

Aus der Landeshauptstadt.

Das finanzielle Ergebnis des Wahlzettelrechts- und Pressefestes liegt nun, nachdem die Rechnungen erledigt sind, vor. Es darf ausgezeichnet genannt werden. Die Bruttoeinnahme betrug 84062 M. Nach Abzug der Ausgaben bleibt ein Reingewinn von 40 000 M., so daß die Jugendhilfe, die sich vorwiegend mit der Unterbringung von Kindern in Ferienkolonien befaßt, 20 000 M. und der Verein Karlsruher Presse als Unterstüßungsband ebenfalls 20 000 M. erhält. Diese Zahlen bestätigen, daß die Kosten für die Vorbereitungen eine Höhe erreicht hatten, die ein Fünftel des Festes als Unmöglichkeit erscheinen lassen mußten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Veranstaltung waren ganz bedeutend. Die Stadt erhält an Einnahmen für Miete und anderes etwa 12 000 M., die natürlich auch dem Steuerzahler zugute kommen. Außerdem fließen dem Staat erhebliche Beträge für Steuern usw. zu. Das erfreulichste ist aber, daß für reine Wohlfahrtszwecke 40 000 M. erzielt wurden. Das dürfte auch jene Verbände, die die betrübenden Zeiläufe als zur Abhaltung der Veranstaltung nicht gerade günstig ansahen, was schließlich auch den Verzicht auf eine Wiederholung herbeiführte. Nicht unerwähnt sei noch der Umstand, daß in den reichen Stiftungen eine reiche Quelle der Einnahmen zu sehen war und darin, daß von einer Reihe von Firmen auf Vergütung für Leistungen verzichtet wurde.

Bericht auf ihr Guthaben für Lieferungen usw. haben Gebr. Reichlin, Papierhandlung, Jägerstr. 69 (48 M.), Lacroix, Karl und Emil, vorm. K. Dieber, Dekorationsmalerei, Sofienstraße 66 (642 M.); Weibel, Friedrich, Zimmergeschäft, Karlstr. 117 (645,37 M.); Müller, C. B., Hofbuchhandlung m. b. H., Ritterstr. 1 (276 M.); Rastlaff, an Rechnungen haben gebr. Fischer, Fritz, Papierhandlung, Kaiserstr. 148 (23 M.); Diehl, Karl, Dampfmoellerei, Amalienstr. 29 (11 M.); die Zeitungen 33 1/2 Proz. an den Inseraten. Außerdem hat die Kunstvereinsanstalt Kinder, C. A., Friedrichsplatz 6, Rosetten unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Schließlich sei noch der uneigennütigen Mitwirkung der Künstlerinnen, gewerblichen und sonstigen Kräfte gedacht, denen auch an dieser Stelle der wärmste Dank für das Verständnis in sozialen Dingen zum Ausdruck gebracht sei.

Das Eisenbahnunglück bei Friedrichstal vor Gericht. Vor der 4. Strafkammer des hiesigen Landgerichtes fand gestern nachmittag die Verhandlung statt über die Schuldfrage und die Verurteilung des Eisenbahnunglücks auf der Strecke Mannheim-Karlsruhe, das in der Nacht zum 19. September 1920, vormittags 1.35 Uhr ereignete und dessen Opfer drei Menschenleben wurden. Der Sachverhalt, der verurteilt wurde, belief sich auf über 600 000 M. Angeklagt waren der Reichswärter Theodor Borell aus Friedrichstal und der Lokomotivführer Bertold Dorer aus Schönbrunn bei Furtwangen, wohnhaft in Mannheim, wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes. (§ 316, Ziff. 1 und 2 d. StGB.) Das Gericht berurteilte wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes in Verbindung mit fahrlässiger Tötung den Angeklagten Borell zu 8 Monaten Gefängnis und den Angeklagten Dorer zu zwei Monaten Gefängnis. Das Gericht hatte den Angeklagten in weitgehendem Maße mildernde Umstände zugebilligt. Bei dem Angeklagten Dorer wurde berücksichtigt, daß in den bisherigen elfjährigen Fahrbestimmungen ähnliche Anordnungen getroffen waren, wie in den badischen, gegen die sich Dorer vergangen hatte.

e. 4 1/2 Jahre unter deutscher Flagge im Innern von Neuguinea. Über dieses Thema hielt auf Veranlassung des Deutschen Offizier-Bund (Ortsgruppe Karlsruhe) der Hauptmann der Schutztruppe, Herr Hermann Degner, einen Vortrag im Stadt-Konzerthaus. Von der deutschen Regierung Anfang 1914 mit der Bestimmung der Grenze für den deutschen Besitz (auf Neuguinea hatten sich f. Zt. mehrere europäische Staaten festgesetzt) betraut, machte der Vortragende sich mit einer Expedition auf den Weg ins Innere. Die Nachricht vom Kriegsausbruch brachte den Abbruch des so überaus mühselig begonnenen Weges durch nicht bestandenem Kaval, steinige Höhen (über 3000 Meter) und die größten Unbilden kalter Temperaturen. Gensu mißlangene spätere Züge teils ins Innere, teils zur See, die den Zweck hatten, die Expedition gegen die

pläter herandrängenden Engländer auf holländisches Gebiet zu retten. Zu bewundern ist jedenfalls der feste, beharrliche Wille, unter den so vielerlei Schwierigkeiten (Frankheiten, hierdurch Trägernangel, auch Nahrungsmangel, teils Schwiezigkeiten mit den Eingeborenen, gänzlich ungangbare Gebiete usw.) immer von neuem wieder Unternehmungen sich hinzugeben, bis eigene schwere Krankheit Einhalt gebot. Wer Interesse an Völkerfragen sowohl als auch an der Fauna und Flora dieses fremden Landes hat, kam jedenfalls bei dem durch Lichtbilder noch anschaulicher gemachten Vortrag auf seine Rechnung.

Aus der Theaterkassette wird uns geschrieben: Heute Freitag wird in der Titellrolle von Goethes „Phäonie auf Lauris“ Fräulein Maria Moeller vom Stadttheater in St. Gallen auf Anstellung für das Fach der jugendlichen Heroinnen galten. Den Dreißt spielt Herr Büchner, den Phylas Herr Unger.

Badische Gemeindefchau.

LPD. Pforzheim 24. Febr. Der Bürgerausschuß beschloß die Einrichtung von vier weiteren Lehrjahren in der Gewerbeschule mit einem Aufwand von 50 000 M., den Bau einer doppelten Schulbaracke mit 6 Schulräumen und 3 Nebenräumen im Stadtteil Dillweihenfeld mit einem Aufwand von 370 000 M. und die Erhöhung des Beitrags der Grundeigentümer zu den Herstellungskosten für neue Straßenland auf 75 M. für den Meter. Sehr eingehend erörtert wurde eine Vorlage des Stadtrats, in der über die bisherigen Maßnahmen gegen die Wohnungsnot berichtet wurde. Beschaffen wurden insgesamt 421 Wohnungen, teils mit, teils ohne finanzielle Unterstützung der Stadt. Von den bewilligten 21 Millionen M. für Wohnungsbauten stehen noch 4 Millionen M. zur Verfügung.

LPD. Pforzheim 6. Donaueschingen, 22. Febr. Bei der Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Kramer wiedergewählt.

Aus Schwaibach, Amt Offenburg, wird uns unterm 17. Febr. geschrieben:

Der in einer Reihe von Blättern erschienene Artikel, die „Bürgermeisterwahl“ in Schwaibach betreffend, enthält eine Fretelung der öffentlichen Meinung und bedarf dringend der Richtigstellung.

1. Die Kreispflegeanstalt Fußbach bildet einen zusammenhängenden Komplex und gehört im Gesamten rechtlich und verwaltungstechnisch zur Gemeinde Bernersbach, wenn auch ein Teil der Anstalt sich auf dem Gebiet Schwaibach befindet. Gemeindeführung Schwaibach und Kreispflegeanstalt Fußbach stehen in gar keiner Verbindung miteinander.

2. Alle umlagepflichtige Inhaber dieses Teils bezahlen, und bezahlen auch noch heute ihre Umlage nach Bernersbach.

3. Nur der Kreis als solcher bezahlt für die ihm gehörenden, auf dem Gebiet Schwaibach liegenden Grundstücke und Liegenschaften selbstverständlich Umlage nach Schwaibach.

4. Nach Erlassen des Stat. Landesamtes Karlsruhe müssen bei allen Zählungen die Inhaber der Anstalt zur Gemeinde Bernersbach gezählt werden. Daraus geht klar und deutlich hervor, daß die Einsprache der drei Anstaltsinhaber gegen die Schwaibacher Wahl unberechtigt ist, umso mehr, als dieselben drei — die Köchin und zwei Wärterinnen — bei sämtlichen bisher stattgefundenen Wahlen auf der Wahlliste der Gemeinde Bernersbach standen. Aus diesem Grunde erfolgte auch selbstverständlich die entsprechende Bekanntmachung in der Pflegeanstalt Fußbach nicht und hat solche auch zu keiner Zeit und in keiner Weise dortselbst stattgefunden.

Aus Schilf.

Verchiedenes.

Schüler und Verantwortungsgefühl.

Unter dieser Überschrift gibt die „Frankf. Zg.“ folgenden Bemerkungen Raum:

„Gewiß, das Trägheitsgesetz hat trotz aller durch die Umwälzung gebotenen Möglichkeiten vieler Orten seine Gültigkeit bewiesen, immerhin, hier und da werden doch erfreuliche Anzeichen neuerzeitlicher Gesinnung sichtbar. So hat kürzlich der Elternrat einer Frankfurter höheren Schule einem Plan des Kollegiums seine freudige Zustimmung gegeben, der darauf ausgeht, in den beiden oberen Klassen den Schülern je nach Begabung und Neigung zwischen einer sprachlich-historischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Abteilung wählen zu lassen. Durch starke Kostriche in den Nebenfächern sollen, ohne Erhöhung der Gesamtstundenzahl, langentbehrte Fächer wie Philosophie, Staatsbürgerkunde, Biologie und Kunstunterricht im Lehrplan beider Abteilungen Raum finden. Eine gute Absicht. Junge Leute zwischen 16 und 20 sind keine Kinder mehr; man soll sie spüren lassen, daß man ihnen zwar noch nicht die volle Freiheit der Studienjahre geben kann, aber sie auch nicht mehr in der Gebundenheit eines völlig undifferenzierten Lehrplanes belassen will. Diese erste Entscheidung, die sie selber treffen, wird ihr Verantwortungsgefühl erhöhen. Das Eingehen auf ihre Neigungen wird ihre Freudigkeit am Schulbetrieb verstärken. Keine grundlegende Reform — aber ein sympathischer erster Schritt.“

* Schnitzers „Reigen“ in Berlin. Im Berliner Kleinen Schauspielhaus kam es gestern abend bei der Aufführung von Schnitzers „Reigen“ zu heftigen Krawallen. Unter ungeheurem Lärm wurden Stinkbomben geworfen und eine den Atem behindernde Flüssigkeit versprüht. Die Kriminalbeamten, die im Zuschauerraum anwesend waren, verhafteten 30 Personen. Die Vorstellung wurde nach längerer Unterbrechung zu Ende geführt.

Badische Zeitungstimmten.

(Ein von Jahnke bei der Veröffentlichung der Zeitungstimmten übernommen die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungstimmten dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Meinungen und Ansichten, die in den Blättern bei Wandel zum Ausdruck gelangen.)

„Die Befegung der Versicherungsämter in Mannheim und Freiburg.“

Der sog. Karlsruher „Ballstreund“ schreibt: Unter dieser Überschrift macht eine Notiz die Kunde durch die bürgerliche Presse, daß die Regierung beabsichtige, die Posten der Vorsitzenden der Versicherungsämter in Mannheim und Freiburg mit Politikern zu besetzen. Für Mannheim sei der sozialdemokratische Abgeordnete Markloff und für Freiburg der Zentrumsabgeordnete Ziegelmeyer vorgesehen. Im Anschluß daran wird gesagt, daß diese Meldung in Beamten-

